

3. bis 7. Juni – Aktionswoche stellt Grundrecht auf Wohnen in den Mittelpunkt

Alljährlich findet im Juni die von den Wohlfahrts- und Fachverbänden durchgeführte bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung statt, in diesem Jahr vom 3. bis zum 7. Juni unter dem Thema ‚Albtraum Miete‘. Im Mittelpunkt steht das Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum.

Bad Neuenahr-Ahrweiler. / Koblenz. / Mayen. Iris Pfisterer-Dahlem, Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes im Evangelischen Kirchenkreis Koblenz mit Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz und Mayen, fordert Bauwirtschaft und Politik auf, mehr für bezahlbaren Wohnraum zu tun. Für viele Verschuldete seien die hohen Mieten ein Albtraum. Sie würden die finanzielle Situation der Betroffenen nicht verbessern, sondern im Gegenteil noch verschlechtern.

Schon der Zugang auf den Wohnungsmarkt sei für Überschuldete schwierig, beklagt Pfisterer-Dahlem. Das habe unter anderem mit der den Vermietern häufig vorzulegende Schufa-Auskunft zu tun. „Auch wenn diese Auskunft nur Schulden auf Telefonie oder Warenbestellungen ausweist, verweigern Vermieter den Abschluss eines Mietvertrages. Es darf keine Stigmatisierung auf Grund der Schufa-Auskunft geben“, sagt sie und verweist auf das Forderungspapier, das die AG SBV (Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände) anlässlich der bundesweiten Aktionswoche Schuldnerberatung herausgegeben hat. Die Aktionswoche steht unter dem Motto „Albtraum Miete“. Sie stellt das Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum in den Mittelpunkt.

Die Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes in Koblenz wirbt für mehr Verständnis für Überschuldete. „Betroffene sind häufig mit ihrer Situation überfordert und setzen falsche Schwerpunkte. Teilweise ist der Druck der Gläubiger so groß, dass Ratenzahlungen geleistet werden und für die Miete kein Geld mehr übrig bleibt. Auch sind ihnen Beratungsdienste und Hilfsangebote nicht bekannt.“. Die durchaus mögliche Übernahme von Mietschulden durch Jobcenter oder Sozialämter müsse beantragt werden, was den Überschuldeten aus unterschiedlichen Gründen häufig schwerfalle. Geringverdienenden machen die steigenden Mieten in den Städten und Gemeinden zusätzlich zu schaffen, sagt Pfisterer-Dahlem. Sie müssen einen immer größer werdenden Anteil des Verdienstes für die Unterkunft ausgeben. „Gerade für Bezieher von Grundsicherungsleistungen wird es immer schwieriger, weil die Jobcenter diese Kosten nur im Rahmen ihrer Vorgaben anerkennen. Das sind sichere Wege in die Überschuldung“.

Die Forderungen der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung gehen unter den Stichworten „Wohnraum finden – Wohnraum erhalten – Wohnraum sichern“ an verschiedene Adressaten. So muss der Sektor des gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbaus nach Auffassung der AG erheblich gestärkt werden, damit mehr bezahlbare Mietwohnungen geschaffen und dann auch erhalten werden. Die SCHUFA sollte Überschuldete im Insolvenzverfahren nicht mit einer schlechteren ‚Benotung‘ abstrafen, da dieses Verfahren eine Form der Schuldenregulierung und somit nichts Negatives sei. Auch sollten die Negativmerkmale von Auskünften für Vermieter sich auf Miet- und ähnliche Schulden beschränken.

Auch die Sozialleistungsträger sieht die AG gefordert. Die Grenzen für die anerkennungsfähigen Kosten der Unterkunft wie Miet- und Heizkosten müssten realistisch sein und den Wohnungsmarkt auch abbilden, meint Iris Pfisterer-Dahlem. „Die Übernahme von Mietschulden ist so unbürokratisch wie irgend möglich zu organisieren. Auch Direktzahlungen der Miete von den Jobcentern an die Vermietenden sollten zur Vermeidung von Mietschulden noch stärker eingesetzt werden“, sagt sie.

Internet www.diakonie-koblenz.de

Bundesweite Aktionswoche der Schuldnerberatung

03.06.19 – 07.06.19

ALBTRAUM MIETE



Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände



AG SBV

